



Bundesministerium
für Verkehr,
Innovation und Technologie

An die
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ. BMVIT-10.000/0002-I/PR3/2017
DVR:0000175

Wien, am 31. März 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Schmid und weitere Abgeordnete haben am 1. Februar 2017 unter der **Nr. 11674/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Flüchtlinge im Bahnhofsgebäude gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Fragen 1 bis 5:

- Wie lässt sich in diesem Objekt die Unterbringung von Asylwerbern begründen?
- Übergriffe asylwerbender bzw. asylberechtigter Personen sind zunehmend bekannt.
Wie lässt sich eine gemeinsame bzw. Doppelnutzung begründen?
- Der ÖBB werden bekanntlich Gratistransporte asylwerbender Personen nachgesagt. Ist die ÖBB nunmehr dem durchaus finanzträchtigen Bereich der Asyl-Quartiergeber zuzuordnen?
- Ist daran gedacht, den Mehraufwand der Zugbegleiter abzudecken?
- Mit welcher Begründung werden neue, umstrittene Quartierstandorte aktiviert, wenn zahlreiche andere Unterkünfte nicht ausgelastet sind?

Die gestellten Fragen fallen in die operative Verantwortung der Unternehmensorgane und nicht in meine Ingerenz. Es wird auf Artikel 52 8-VG und § 90 GOG des Nationalrates verwiesen.

Mag. Jörg Leichtfried

